

Sozialraum, Wohnen und Migration

Tania Berger

Zusammenfassung

Aspekte der Diversität in der Wohnpolitik berühren in erster Linie die Frage, wie einkommensschwache Familien mit Migrationshintergrund mit leistbarem Wohnraum versorgt werden können.

Dieser Beitrag geht zudem der Frage nach, wie Segregation von ethnischen Gruppen in räumlichen abgegrenzten Wohnbereichen entsteht. (Lokal)Politik und mediale Öffentlichkeit vermitteln oftmals Befürchtungen, wonach die Konzentration von MigrantInnen in bestimmten Quartieren deren Kontakte mit der Mehrheitsgesellschaft behindere und dadurch die Übernahme von Verhaltensweisen und Kulturtechniken wie z.B. Sprachfähigkeit, und in Konsequenz: Integration, erschwere.

Daher wird hier untersucht, ob die Umsetzung eines von vor diesem Hintergrund oftmals angestrebten Ideals einer ethisch und sozial durchmischten Wohnbevölkerung demgegenüber die Integration von ZuwanderInnen in eine Aufnahmegesellschaft befördern kann. In diesem Kontext wird auch die Bedeutung von Nachbarschaft in zunehmend diversen Wohnquartieren beleuchtet.

Weiter wird gezeigt, welche (interkulturellen) Konfliktfelder sich oft in Wohnhausanlagen schon fast zwangsläufig aus dem Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Lebensstilen ergeben.

Es gehört zu den vielen Verdiensten Gudrun Biffels, dieses Konfliktpotential und die große Bedeutung des Themas Wohnen im Kontext von Migration und Integration klar erkannt zu haben. Der Fachbereich „Sozialraum und Migration“ ihres Departments hat sich daher in den vergangenen Jahren in Forschung und Lehre intensiv mit eben diesem Thema auseinandergesetzt und dabei auch Lösungswege aufgezeigt, über die sich diesen Konflikten begegnen lässt. Der vorliegende Beitrag schöpft aus den Ergebnissen dieser Arbeiten.

Einleitung

Artikel 25 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen von 1948 hält fest: *„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, ...“*

Ganz ausdrücklich ist dieses Menschenrecht auf Wohnen ein unteilbares und daher nicht von einer bestimmten Staatsbürgerschaft abhängig zu machen. Den-

noch ist die tagtägliche Lebensrealität gerade von MigrantInnen in vielen Ländern der Europäischen Union und auch in Österreich vielfach von der Schwierigkeit geprägt in ungeeignetem, zu kleinem oder zu teurem Wohnraum ein Auslangen finden zu müssen.

Stellt sich also die Frage nach Aspekten der Diversität und Wohnpolitik, so geht es in erster Linie um die Frage, wie insbesondere soziale schwache Haushalte – denn zu diesen zählen Familien mit Migrationshintergrund immer noch überproportional häufig – mit leistbarem Wohnraum versorgt werden können.

Schließlich belegen amtliche Statistiken in diesem Zusammenhang folgende Wirkzusammenhänge ganz deutlich: Menschen mit Migrationshintergrund weisen in Österreich im Bundesschnitt einen niedrigeren höchsten Bildungsabschluss auf als die Gesamtbevölkerung und insbesondere auch als Menschen ohne Migrationshintergrund (Abbildung 1). Da ArbeitnehmerInnen mit niedrigem Bildungsstand in der Regel auch weniger verdienen als solche mit höherem Bildungsstand, verfügen Menschen mit Migrationshintergrund also oft über vergleichsweise geringere (Haushalts)einkommen als die Durchschnittsbevölkerung (Abbildung 2) und sind daher überproportional häufig arm oder armutsgefährdet (Abbildung 3). Es steht dieser Personengruppe in absoluten Zahlen damit auch weniger Budget für monatliche Wohnausgaben zur Verfügung als nicht armen Personen.

Leistbar wird Wohnraum für die Betroffenen in der Regel durch Beschränkung auf kleine Wohnungen. Die untersuchte Bevölkerungsgruppe wohnt beengter, indem jedem Haushaltsmitglied proportional weniger Wohnraum zur Verfügung steht als im Gesamtbevölkerungsschnitt (Abbildung 4).

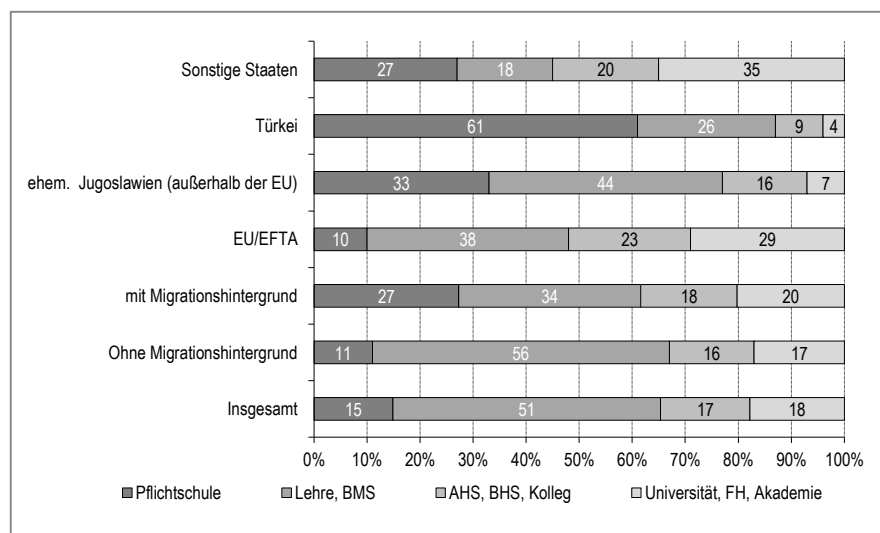


Abbildung 1 Bildungsstand der 15 bis 64 Jährigen 2016 nach Migrationshintergrund

Quelle: Statistik Austria.

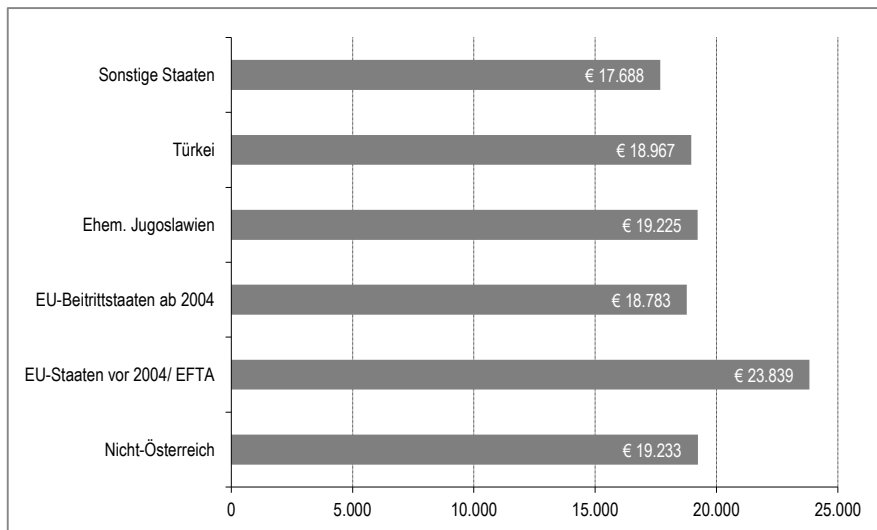


Abbildung 2 Netto-Jahreseinkommen¹ 2015 nach Staatsangehörigkeit

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerdaten – Sozialstatistische Auswertung. Ohne Lehrlinge.

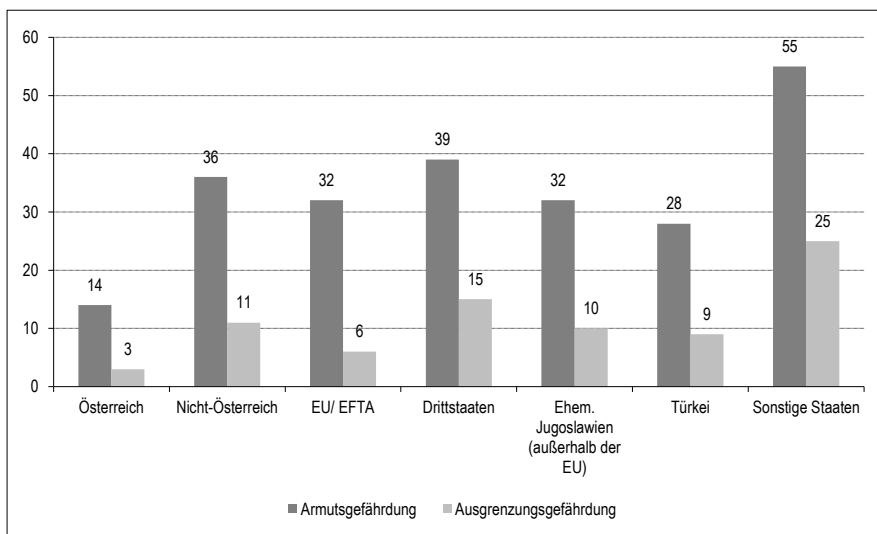


Abbildung 3 (Mehrfache) Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung 2015 nach Geburtsland

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC (Querschnittsfiles) – Ergebnisse beruhen auf einem Dreijahresdurchschnitt 2014 – 2015 – 2016 für Personen über 15 Jahren.

¹ Median des Netto-Jahreseinkommens der ganzjährig unselbstständig Erwerbstätigen

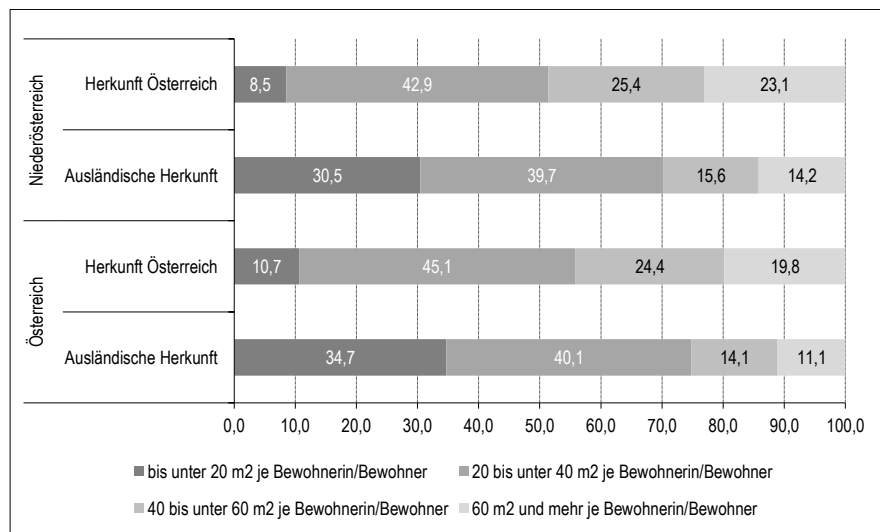


Abbildung 4 Wohnfläche je BewohnerIn in m² nach Herkunft in Österreich und Niederösterreich 2011

Quelle: Statistik Austria, Registerzählung 2011, DUK-Darstellung

Vor diesem Hintergrund untersucht der vorliegende Beitrag, wie die Segregation von ethnischen Gruppen in räumlichen abgegrenzten Wohnbereichen entstehen kann.

(Lokal)Politik und mediale Öffentlichkeit vermitteln oftmals das Ideal einer (sozial) durchmischten Wohnbevölkerung, das die Integration von ZuwanderInnen in eine Aufnahmegesellschaft befördern könne. Diese Annahme wird wissenschaftlich als „Kontakthypothese“ untersucht. Doch bewirkt das Wohnen von MigrantInnen in gemischten Quartieren tatsächlich deren vermehrte Kontakte mit der Mehrheitsgesellschaft und dadurch die Übernahme von Verhaltensweisen und Kulturtechniken wie z.B. Sprachfähigkeit, und in Konsequenz: Integration? Der Kontakthypothese entgegenstehend behauptet die in der Literatur ebenfalls zu findende „Konflikthypothese“ deren genaues Gegenteil: Die enge räumliche Nachbarschaft von Menschen mit unterschiedlichen Lebensweisen biete eine Vielzahl von Reibungsflächen und Konfliktmöglichkeiten.

In diesem Kontext wird auch die Bedeutung von Nachbarschaft in zunehmend diversen Wohnquartieren beleuchtet. Weiters wird gezeigt, welche generellen (interkulturellen) Konfliktfelder sich oft in Wohnhausanlagen schon fast zwangsläufig ergeben. Abschließend werden Lösungswege aufgezeigt, über die sich genau diesen Konflikten begegnen lässt.

Zugang von Menschen mit Migrationshintergrund zum Wohnungsmarkt

Migrantinnen mit niedrigem Bildungsniveau und entsprechend niedrigen Verdienstmöglichkeiten können sich meist nur schwer am frei finanzierten Wohnungsmarkt mit Wohnraum versorgen. Auch Mietwohnungen gemeinnütziger Wohnbaugenossenschaften sind für diese Menschen vielfach zu teuer. Gemeindeförderungen stehen oft nicht bedarfsdeckend zur Verfügung, zudem sind Menschen mit Migrationshintergrund z.T. vom Zugang zu diesen Wohnungen ausgeschlossen. Hierzu bestehen auf Gemeindeebene unterschiedliche Vorgaben, die Anforderungen an Mindestaufenthaltsdauer und/ oder Staatsbürgerschaft enthalten können. Damit verbleiben private Mietwohnungen mit niedrigem Qualitätsstandard oft als einzige Wohnoption, insbesondere für neu Zugezogene. Nicht selten werden aber gerade im privaten Mietwohnsektor auch vielfältige Diskriminierungen von Menschen mit Migrationshintergrund beobachtet (Berger et al. 2014: S. 51).

Ein überproportional hoher Anteil sozioökonomisch schwacher Personengruppen lebt daher vielfach lokal konzentriert in privaten Mietwohnungen von geringer Qualität – dies geschieht oft weniger aufgrund des Wunsches der Betroffenen nach Wohnen in Nachbarschaft mit Menschen des gleichen ethnischen oder sozialen Hintergrundes, sondern folgt vielmehr den Strukturen des Wohnungsmarkts und dem Diktat von (nicht vorhandenen) Fördermöglichkeiten. Verstärkt werden können derartige räumliche Segregationstendenzen zudem durch das Abwandern der autochthonen Bevölkerung aus den betroffenen Wohngebieten, wenn sich die Ortsansässigen am „hohen AusländerInnenanteil“ im Viertel stoßen (Berger et al. 2014: S. 42).

Sind Wohnquartiere mit migrantisch geprägter Wohnbevölkerung darüber hinaus schlecht durch den öffentlichen Verkehr erschlossen, so bedingt dies in der Folge für die BewohnerInnen auch Einschränkungen in ihrer tagtäglichen Mobilität und trägt zur Minderung von Arbeitsmarkt- und Bildungschancen der Betroffenen bei.

Diese Problemfelder des Wohnungsmarktes haben auch Auswirkungen auf die unmittelbare Lebenssituation vor Ort: so zeigt sich, dass Personen mit Migrationshintergrund im Schnitt weniger Wohnraum zur Verfügung steht als dem Durchschnitt der ÖsterreicherInnen (Berger et al. 2014: S. 21, siehe auch: Abbildung). Knappe Haushaltsbudgets bedingen zudem, dass mehr Menschen auf engerem Raum zusammenleben. Angesichts der engen und zum Teil prekären Wohnverhältnisse ärmerer migrantischer Bevölkerungsgruppen ist es nachvollziehbar, dass gerade diese BewohnerInnen zur Bewältigung ihres Alltags stärker auf die Nutzung von halböffentlichen und öffentlichen Räumen im unmittelbaren Wohnumfeld angewiesen sind.

Ethnische Mischung von Wohnbevölkerung

Beckhoven und Kempfen (2005) sehen insbesondere Wohnviertel mit homogener Bevölkerung, in denen sich also die meisten BewohnerInnen in ähnlicher sozio-ökonomischer Lage befinden, als unproblematisch; Konflikte würden dagegen vermehrt auftreten, wenn die Bewohnerschaft große Heterogenität aufweist.

Bestehen große kulturelle Unterschiede, ist auch eine Heterogenität von Normen, Moral und Werten zu erwarten. Das Schädigen des Anderen zum eigenen Vorteil wird in einem solchen Umfeld als wahrscheinlich erachtet, Vertrauen schwindet. Damit kann ethnischer Mix das soziale Vertrauen im Viertel tatsächlich reduzieren. Für das Wohnen vieler unterschiedlicher Ethnien im gleichen Gebiet fanden Gundelach und Freitag (2014) zu erwartende Unsicherheit auch zwischen diesen unterschiedlichen Gruppen.

Gemäß der Ähnlichkeitstheorie bevorzugen Menschen das Bekannte; Gefühle der Bedrohung können auf Angst vor dem Verlust der eigenen Identität beruhen. Demnach bilden BewohnerInnen Vertrauen entsprechend ihrem Status in Relation zu anderen in der Gemeinschaft aus. Auch die Homogenitätshypothese geht davon aus, dass Menschen in einem homogenen Kontext wahrscheinlicher gemeinsamer Normen eher darin übereinstimmen, was sie als angemessen erachten. Regeln werden als allgemein gültig angesehen, es besteht keine Unsicherheit in sozialer Interaktion. Damit kann sich Vertrauen ausbilden (Öberg 2011).

Weiters sind Aspekte der kulturellen Identität wie etwa die ethnische Zugehörigkeit, gemeinsame Werte und Alter wichtige Einflussfaktoren, ebenso wie die vorherrschenden Rechtsverhältnisse – Miete oder Eigentum - und die Art, wie BewohnerInnen an eine Wohnung im Viertel gelangen: werden sie beispielsweise, wie das etwa im stark residual geprägten Sozialwohnbau Großbritanniens der Fall ist, vom Wohnungs- bzw. Sozialamt zugewiesen, so beeinflusst dies ihre Bindung ans Viertel anders, als wenn sie ihre Wohngegend selbst und bewusst gewählt haben (Morrison 2003).

Morrison (2003) beobachtet weiter, dass Identität tatsächlich stärker auf Alter und Ethnizität zu beruhen scheint als auf Klassenzugehörigkeit; Die Gemeinsamkeit der Erfahrung von schwierigen Lebensumständen wirkt zwischen unterschiedlichen Gruppen demnach nicht verbindend. Als Beispiel führt Morrison häufige Konflikte zwischen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund einerseits und alteingesessenen BewohnerInnen aus der Aufnahmegesellschaft andererseits an: Altersunterschied und Generationskonflikt sowie ethnische Unterschiede wiegen hierbei schwerer als ein ähnlicher sozialer Status.

Darüber hinaus bestimmen auch sozio-ökonomische Variablen wie Einkommen, Arbeitsplatzposition und Ausbildung die Bereitschaft und das eigene Vermögen, sich lokal einzubringen, Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. Die ethnische Zugehörigkeit, v.a. in Verbindung mit niedrigem Einkommen, ist eine wichtige Variable (Beckhoven und Kempfen 2005).

Soziale Mischung von Wohnbevölkerung

Stellt sich also die Frage nach Aspekten der Diversität und Wohnpolitik, so geht es in erster Linie um die Frage, wie insbesondere soziale schwache Haushalte – denn zu diesen zählen Familien mit Migrationshintergrund immer noch überproportional häufig – mit leistbarem Wohnraum versorgt werden können (s.o.).

Auch wird im vorliegenden Beitrag darauf eingegangen, inwieweit das Ideal einer (sozial) durchmischten Wohnbevölkerung die Integration von ZuwanderInnen in eine Aufnahmegesellschaft befördern kann und wie Segregation von ethnischen Gruppen in räumlichen abgegrenzten Bereichen entsteht. In diesem Kontext wird auch die Bedeutung von Nachbarschaft in zunehmend diversen Wohnquartieren beleuchtet.

Weiters wird gezeigt, welche generellen (und oft kulturell überformten) Konfliktfelder sich oft in Wohnhausanlagen schon fast zwangsläufig ergeben. Abschließend werden Lösungswege aufgezeigt, über die sich genau diesen Konflikten begegnen lässt. Demnach ist die Status – Homogenität mit diesen anderswo wohnenden Personen zum Aufbau persönlicher Beziehungen wichtiger als die räumliche Nähe zu den im gleichen Haus oder Viertel wohnenden NachbarInnen (Münch 2010).

Auch Hogg (2004, zitiert in: Guest 2008) weist darauf hin, dass die Kontakthypothese nur Gültigkeit haben könne, wenn ein offizielles und institutionelles Klima Integration stark unterstützt und gleichzeitig der Austausch in der sozial und ethnisch gemischten Nachbarschaft zwischen Gruppen von gleichem Status erfolgt.

Der Kontakthypothese entgegenstehend behauptet die in der Literatur ebenfalls zu findende Konflikthypothese deren genaues Gegenteil: Die enge räumliche Nachbarschaft von Menschen mit unterschiedlichen Lebensweisen biete eine Vielzahl von Reibungsflächen und Konfliktmöglichkeiten.

Schon bei Bourdieu (1991: 31) findet sich die Aussage: *„Tatsächlich steht einem nichts ferner und ist weniger tolerierbar als Menschen, die sozial fernstehen, aber mit denen man in räumlichen Kontakt kommt.“*

In Summe besteht in der Fachliteratur jedoch wenig Konsistenz und wenig definitive Aussagen werden darüber gemacht, welche Ergebnisse residentielle Segregation sowohl hinsichtlich sozio-ökonomischer Faktoren als auch in Bezug auf die Integration von ZuwanderInnen zeitigen kann. Musterd (2008b) findet allerdings einen bescheidenen Konsens darüber, dass das Zusammenwohnen mit schlecht ausgebildeten oder arbeitslosen Individuen die ökonomischen Aussichten von MigrantInnen beeinträchtigt.

Beobachtet werden kann dagegen, dass das soziale Netz, in dem sich Menschen befinden, ihre Meinung über sozialen Mix stark beeinflusst: So bevorzugen Menschen, die in gemischten Vierteln leben und über starke soziale Verbindungen in ihrer Wohnumgebung verfügen, genau diese soziale Durchmischung. Menschen mit starken sozialen Verbindungen in homogenen Vierteln bevorzugen dagegen homogene Viertel. Menschen mit starken sozialen Netzwerken im Wohnumfeld

sind also auch gemischten Vierteln gegenüber positiv eingestellt, wenn sie sich dort eingebunden fühlen. Wenn Menschen dagegen negative Meinungen über ihre sozial durchmischte Nachbarschaft haben, stehen sie dem sozialem Mix ablehnend gegenüber, v.a. wenn sie HausbesitzerInnen sind und Angst um den Wertverlust ihrer Immobilie durch ein schlechter werdendes Image ihres Wohngebietes haben (Musterd 2008a).

Neue Bedeutungen von Nachbarschaft

Wir leben heute allerdings nicht nur in einer zusehends ethnisch diverseren, sondern auch individualisierten Gesellschaft, in der viele Individuen von Abhängigkeitsverhältnissen frei sind, die die Entwicklung Einzelner in vergangenen Jahrhunderten oft stark einschränkten. Gleichzeitig aber müssen wir nun neue Formen des Zusammenlebens finden, für die es vielfach noch keine Vorlagen gibt. Die Neudefinition dessen, was unter „Nachbarschaft“ zu verstehen ist, wird damit zur gesellschaftlichen Aufgabe.

Nachbarschaft ist als Begriff auch heute durchaus positiv besetzt und wird vielfach gewünscht. Aber: Diese Nachbarschaft soll möglichst unverbindlich sein, zu nichts verpflichten und nicht zu viel Zeit in Anspruch nehmen

Im Allgemeinen versteht die wissenschaftliche Fachliteratur Nachbarschaft als eine Sammlung von überlappenden Netzwerken (Beckhoven et al. 2005). Oft wird beobachtet, dass lokale Netzwerke an Bedeutung verlieren zugunsten von weit über lokale Grenzen hinausreichenden Netzwerken (Bridge et al. 2004). Insbesondere in urbaneren Umgebungen mit tendenziell kleineren Haushalten sei festzustellen, dass viele StädterInnen (insbesondere, wenn sie keinen unterprivilegierten, marginalisierten Gruppen angehören) stark außenorientiert sind (Wirth, 1938) und zusehends neue, räumlich diffusere Netzwerke aufbauen (Beckhoven et al. 2005).

Dennoch bleiben auch im städtischen Umfeld Nachbarschaften durchaus wichtig, aber sie spielen eine spezielle Rolle im Leben der Menschen und existieren parallel zu verstärkten, außernachbarschaftlichen Verbindungen. Gerade für die Freizeit vieler Menschen sei ihr jeweiliges zuhause von Bedeutung – es wird zu einem Statement für ihre Identität, dafür „wer wir sind“.

Zahlreiche AutorInnen verweisen denn auch auf die enge Beziehung, die zwischen zivilem Engagement in vielen verschiedenen Formen und demokratischer Teilnahme besteht: engagierte Gemeinschaften produzieren demnach kohäsive Gesellschaften aktiver BürgerInnen; auch scheinen in derart aktiven Gemeinschaften eher Veränderungen möglich in Richtung verbesserter Bildung und Gesundheit, reduzierter Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Drogenkonsum (Putnam 1993).

Dennoch ist „sozialer Zusammenhalt“ nicht notwendigerweise ausschließlich positiv konnotiert; So können soziale Bindungen nach innen wie nach außen abschließend wirken - stark in sich vernetzte Gruppen haben unter Umständen kaum Kontakte außerhalb der eigenen Community - interner Zusammenhalt existiert

hier auf Kosten externer Beziehungen, gleichzeitig haben Andersartige es schwer, sich in derartige Gruppen einzufügen. Treffen mehrere solcher auf sich bezogenen Gruppen aufeinander, können zwischen ihnen starke Konflikte auftreten (Beckhoven et al. 2005).

Nachbarschaftseffekte sind auch stark von der jeweiligen Lebensphase abhängig, in der sich die betrachteten Bevölkerungsgruppen gerade befinden: so ist das Wohnumfeld für Kleinkinder, deren wichtigste Bezugspersonen die Eltern darstellen, deutlich weniger prägend als für Kinder und Jugendliche, die sich stärker an Gleichaltrigen (der Umgebung) zu orientieren beginnen oder für Erwachsene, denen soziale Netze wichtige Unterstützung im Alltag oder bei der Arbeitssuche bieten können. Es erweist sich jedoch als schwierig, Nachbarschaftseffekte klar von denen der jeweiligen Familienumstände (Haushaltseinkommen, Bildungslevel etc.) zu trennen. (Ellen und Turner 1997).

Kinder und Jugendliche in der Wohnumgebung

Wichtig bleibt Nachbarschaft insgesamt vor allem für jene Gruppen, die – aus unterschiedlichen Gründen – viel Zeit in der eigenen Wohngegend verbringen: etwa Kinder, Alte, Behinderte. Beckhoven et al. (2005) stellen aber auch fest, dass die lokale Arena für ArbeiterInnen mehr Bedeutung habe als für Angestellte - für Angehörige der Mittelklasse stellt sie nur eine unter mehreren Sphären dar, in denen diese sich bewegt.

Wird Nachbarschaft im eigenen Wohnviertel von den BewohnerInnen als sicherer Hafen erlebt, so kann sozialer Zusammenhalt – wechselseitiges, internes Verpflichtet sein – entstehen. Beckhoven und Kempen (2005) machen zahlreiche Faktoren aus, von denen eine derartige soziale Kohäsion abhängig ist: Sind in einem Haushalt beispielsweise Kinder vorhanden, besteht meist eine erhöhte Bereitschaft zu sozialen Kontakten im Viertel, etwa im Bereich von Kindergärten und Schule. Kinderlose, junge Paare und Studierende sind dagegen oft weniger am eigenen Viertel interessiert – nicht zuletzt deswegen, weil sie häufig nur für vergleichsweise kurze Dauer vor Ort wohnen.

Im Umfeld dieser Wohnquartiere sehen sich Kindergärten und Schulen mit Konzentrationen von Kindern konfrontiert, deren Umgangssprache nicht Deutsch ist. Die hohen Konzentrationen sind nicht nur die Folge der Wohnsegregation sondern auch der Tendenz deutschsprachiger Eltern, ihre Kinder in oft weiter entfernte Kindergärten und Schulen zu geben, die vor allem von Kindern mit deutscher Umgangssprache besucht werden. Für die SchülerInnen mit nicht deutscher Umgangssprache vermindern sich dadurch die Chancen und auch die Motivation, mit gleichaltrigen Kindern mit deutscher Muttersprache zu lernen, zu sprechen und zu spielen

Die ansonsten allgemein als wünschenswert angesehene soziale Kohäsion wird von Erwachsenen bei Jugendgruppen oft als antisozial wahrgenommen (Forrest und Kearns 2001). An solchen Gruppen lässt sich nämlich die nach innen wie

nach außen ausschließende Wirkung starken sozialen Zusammenhalts beobachten: Deren interner Zusammenhalt existiert unter Umständen auf Kosten externer Beziehungen, gleichzeitig haben Andersartige Schwierigkeiten, sich in derartige Gruppen einzufügen. Treffen sie auf andere, können starke Konflikte auftreten.

Konfliktfelder im Alltag

Gerade BewohnerInnen von Mehrgeschossigen Wohngebäuden und großen Wohnanlagen sind tagtäglich auf zahlreiche Infrastruktureinrichtungen angewiesen, die von vielen anderen Personen genutzt werden, wie etwa Lifte, Stiegen, Müllabfuhr usw. Diese gemeinsame Benutzung verlangt von den BewohnerInnen ein Mindestmaß an Anpassungsfähigkeit, was als wiederkehrende Toleranzübung verstanden werden kann (Power 1997). So wird, vielfach unbemerkt, gelegentlich mit beträchtlicher Friktion, auf diesem lokalen Level im Alltag Bürgerschaft erlernt, getestet, geübt (Wolman 1995).

Insbesondere Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund nutzen aufgrund ihrer beengten Wohnsituation verstärkt Spielmöglichkeiten im Freien in der unmittelbaren Wohnumgebung. Dies wiederum führt vielfach zu Klagen anderer BewohnerInnen über Lärmbelästigung. Vor allem in Wohngebieten mit alternder autochthoner Bevölkerung werden so klassische Generationskonflikte zwischen ruhebedürftigen Senioren und Kindern und Jugendlichen mit entsprechendem Bewegungsdrang zusätzlich mit stereotypen Vorurteilen über ethnisch-kulturelle Verhaltensmuster überfrachtet und damit belastet.

Generell sind Klagen über Lärmbelästigung der häufigste Konfliktgrund in vielen Wohnanlagen (vgl. Cser in Berger et al. 2013: S. 41-45). Diese Problematik ist sehr häufig mit dem Fehlen adäquater Spiel- und Freizeitmöglichkeiten vor allem für größere Kinder und Jugendliche verbunden. Hinzu kommt, dass gerade in größeren Wohn(neu)baugebieten, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten von unterschiedlichen Bauträgern errichtet wurden bzw. werden, oft eine übergeordnete Koordination zur Schaffung von wohnungsnahen Freizeit- und Bewegungsmöglichkeiten fehlt.

Ein weiteres, häufiges Konfliktfeld im unmittelbaren Wohnumfeld stellen Verschmutzung und Müll(trennung) dar. Ebenso wie Lärm ist auch dieser Themenkreis dazu geeignet, durch entsprechend aufbereitete Information, Kommunikation und Konfliktmediation individuell und kleinräumig bearbeitet und einer Lösung zugeführt zu werden. Sinnvoll erscheinen daher übergreifende Strukturen, die derartige punktuelle Hilfestellungen anbieten.

Förderung von belasteten Quartieren

Durchaus nicht jede Nachbarschaft benötigt Unterstützung, in den meisten Wohnquartieren ist sie nicht erforderlich. In Siedlungen jedoch, die aufgrund der unaus-

gewogenen Zusammensetzung der BewohnerInnenschaft – etwa dem Vorhandensein eines überproportional großen Anteils an wirtschaftlich schwachen, marginalisierten Haushalten – als „belastet“ bezeichnet werden muss, ist Förderung durch ein aktives Quartiersmanagement nötig. Gerade in Gebäuden, die vorwiegend durch Zuweisung übers Sozialamt belegt werden, besteht vielfach eine unfreiwillige Nachbarschaft, die durch geringe Ressourcen, aber hohes Konfliktpotential gekennzeichnet ist. Hier sind Aktivierungs-, Beschäftigungs- und Beratungsangebote vor Ort gefragt.

Auch stellt sich natürlich die Frage, inwieweit auch die bauliche Ausformung von Wohngebäude und –umgebung ein nachbarschaftliches Miteinander unterstützen und fördern kann? Nähe kann zwar gebaut werden, soziale Beziehung aber nicht! Nachbarschaft durch Bauweise schaffen zu wollen ist langfristig meist nicht erfolgreich. Es können Räume für Begegnung angeboten werden, ob sie aber angenommen werden, hängt von sehr vielen, sehr individuellen Faktoren vor Ort ab – und stark von den dort handelnden Personen.

Im Rahmen mehrerer Forschungsarbeiten² des Fachbereichs „Sozialraum und Migration“ im Department für Migration und Globalisierung der Donau-Universität Krems kristallisierten sich immerhin Beratung, Konfliktmanagement sowie Quartiersarbeit als wirkungsvolle Methoden und Instrumente heraus, um das Zusammenleben im Wohnumfeld tolerant und möglichst konfliktfrei zu gestalten und neue Formen der Nachbarschaft in einer zunehmend diversen Gesellschaft zu erarbeiten und zu gestalten. Anstoß zur bzw. Verbesserung der Kommunikation unter NachbarInnen stellt das zentrale Ziel all dieser Interventionen dar – schließlich eröffnet eine vorhandene Gesprächsbasis mit den NachbarInnen auch die Chance über auftretenden Konflikte reden und Lösungen aushandeln zu können (Berger et al. 2014: S.108 ff).

Nachbarschaft sollte also nicht als eine Art Wundermittel gegen soziale Isolation und Konflikte überfordert werden. Erzwingen lässt sie sich nämlich nicht, fördern aber schon!

Literatur

Beckhoven, Ellen; Bolt, Gideon; Kempen, Ronald van (29 June - 2 July, 2005): Theories of neighbourhood change and neighbourhood decline. Their significance for post-WW II large housing estates. Paper for the ENHR-conference "Housing in Europe: New Challenges and Innovations in Tomorrow's Cities. European Network for Housing Research (ENHR). Reykjavik, 29 June - 2 July, 2005.

² Siehe dazu folgende Endberichte: <https://www.donau-uni.ac.at/de/departement/migration/globalisierung/forschung/sozialraumanalyse/index.php>; https://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/migrationglobalisierung/forschung/endbericht_wohnen-und-zusammenleben.pdf; <https://www.donau-uni.ac.at/de/departement/migrationglobalisierung/forschung/id/23221/index.php> (letzter Zugriff: 26.10.2017)

- Beckhoven, Ellen van; Kempen, Roland van (2006): Toward more social cohesion in large Post-Second World War housing estates? A case study in Utrecht, the Netherlands. In: *Housing Studies* 21, July 2006 (4), S. 477–500.
- Berger, Tania; Czerny, Margarete; Faustmann, Anna; Perl, Christian (2014): Sozialraumanalyse: Konzepte und Empfehlungen zur Umsetzung von Integration in Niederösterreich. Endbericht. Donau Universität Krems. Krems. Online verfügbar unter <http://www.donauuni.ac.at/imperia/md/content/departement/migrationglobalisierung/forschung/schriftenreihe/sozialraumanalyse-2014.pdf>, zuletzt geprüft am 25.08.2015.
- Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Martin Wetz (Hg.): *Stadt-Räume*. Frankfurt/ New York: Campus Verlag, S. 25–34.
- Bridge, G., Forrest, R. and Holland, E. (2004) *Neighbouring: A Review of the Evidence*. Centre for Neighbourhood Research
- Cole, Ian; Goodchild, Barry (2001): Social Mix and the ‘Balanced Community’ in British housing policy – a tale of two epochs. In: *GeoJournal* 51, 2001, S. 351–360.
- Ellen, Ingrid Gould; Turner, Margery Austin (1997): Does Neighborhood Matter? Assessing Recent Evidence. In: *Housing Policy Debate* 8, 1997 (4), S. 833–865.
- Forrest, Ray; Kearns, Ade (2001): Social cohesion, social capital and the neighbourhood. In: *Urban Studies* 38, 2001 (12), S. 2125–2143.
- Guest, Avery M.; Charis, e. Kubrin; Cover, Jane K. (2008): Heterogeneity and Harmony: Neighbouring relationships among whites in ethnically diverse neighbourhoods in Seattle. In: *Urban Studies* 45, 2008 (3), S. 501–526.
- Gundelach, Birte; Freitag, Markus (2014): Neighbourhood diversity and social trust. an empirical analysis of interethnic contact and group-specific effects. In: *Urban Studies* 51, 2014 (6), S. 1236–1256.
- Hogg, Michael A.; Abrams, Dominic; Otten, Sabine; Hinkle, Steve (2004): The Social Identity Perspective. In: *Small Group Research* 35, 2004 (3), S. 246–276.
- Ludwig, Jens (1997): Information and inner city educational attainment. In: *Economics of Education Review* 18, 1999, S. 17–30.
- Morrison, Nicola (2003): Neighbourhoods and social cohesion. Experiences from Europe. In: *International Planning Studies* 8, 2003 (2), S. 115–138.
- Münch, Sybille (2010): *Integration durch Wohnungspolitik?: Zum Umgang mit ethnischer Segregation im europäischen Vergleich*; VS Verlag für Sozialwissenschaften; Auflage: 2010 (14. September 2010)
- Musterd, Sako (2008a): Residents' views on social mix: social mix, social networks and sitmation in post-war housing estates in Europe 45, 2008 (4), S. 897–925.
- Musterd, Sako; Andersson, Roger; Galster, George; Kauppinen, Timo M. (2008b): Are immigrants' earnings influenced by the characteristics of their neighbours? In: *Environment and Planning* 40, 2008, S. 785–805.
- Power, Anne (1997): *Estates on the Edge. The Social Consequences of Mass Housing in Northern Europe*. London: Palgrave Macmillan UK.
- Öberg, Perola; Oskarsson, Sven; Svensson, Torsten (2011): Similarity vs. homogeneity. contextual effects in explaining trust. In: *European Political Science Review* 3, 2011 (3), S. 345–369.
- Putnam, Robert D.; Leonardi, Robert; Nanetti, Raffaella Y. (1993): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Statistik Austria (2011): *Bevölkerungsvorausschätzung 2011-2050 sowie Modellrechnung bis 2075 für Niederösterreich (Hauptszenario)*. Schnellbericht 8.2, Wien.
- Wirth, Louis (1938): Urbanism as a way of life. In: *The American Journal of Sociology* XLIV, 1938 (1), S. 1–24.
- Wolman, Harold (1995): Local government institutions and democratic governance. In: David Judge, Gerry Stoker und Harold Wolman (Hg.): *Theories of urban politics*. London: Sage.